



Jahresbericht 2014

Unser Engagement für
Transparenz und Demokratie

| Über LobbyControl:

LobbyControl ist ein gemeinnütziger Verein, der über Machtstrukturen und Einflusstaktiken in Deutschland und der EU aufklärt. Wir liefern aktuelle Recherchen und Hintergrundanalysen. Mit Kampagnen und Aktionen machen wir Druck für politische Veränderung. LobbyControl setzt sich ein für eine lebendige und transparente Demokratie.

| Impressum

LobbyControl –
Initiative für Transparenz und Demokratie e.V.

Am Justizzentrum 7
50939 Köln

Tel: 0221/ 99 57 15 – 0
Fax: 0221/ 99 57 15 – 10
kontakt@lobbycontrol.de
www.lobbycontrol.de
www.lobbycontrol.de

Grafik und Layout: blickpunkt x, Köln

Bilder:
Titelseite: Jakob Huber/LobbyControl
(oben links); Alter-EU (unten rechts)
S. 5 Christian Mang/LobbyControl
S. 6 Jacob Huber/LobbyControl
S. 7 Jakob Huber/LobbyControl (oben),
Ruben Neugebauer/campact (unten)
S. 8 Alter-EU
S. 15 Alter EU (oben),
Christian Mang/LobbyControl (Mitte)

Lizenz:
CC BY-NC-ND 4.0
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>



LobbyControl wurde 2014 unterstützt von:
www.olin-ggmbh.de



Inhalt

LobbyControl – Das sind wir	S. 4
Wie wir arbeiten	S. 5
Karenzzeiten: Die Drehtür stockt	S. 6
Lobby-Regulierungen: Neues & Altes	S. 7
Europawahl und EU-Lobbyregister	S. 8
TTIP, CETA und Co.	S. 9
Lobby an Schulen und Stadtführungen	S. 10
In den Medien und im Web	S. 11
Finanzbericht	S. 12
10 Jahre LobbyControl	S. 14
Ausblick 2015	S. 15



Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Freundinnen und Freunde von LobbyControl,

im Jahr 2014 ließen sich mitunter erstaunliche Sinneswandel beobachten. Etwa beim Thema Karenzzeiten. Noch im Januar waren sich CDU und SPD einig: Der Wechsel von der Regierung in Lobbyjobs soll zwar geregelt werden. Aber gleich zu gesetzlichen Mitteln greifen? Lieber nicht. Doch Ende des Jahres lag plötzlich ein Gesetzentwurf vor: Minister/innen und Staatssekretär/innen müssen ein Jahr warten, bevor sie in lukrative Wirtschaftsjobs im selben Fachgebiet wechseln.

Was war passiert? LobbyControl hatte Druck gemacht. Mit einer Protestaktion vor dem Kanzleramt, mit der Übergabe von 40.000 Unterschriften, mit Gesprächen mit Abgeordneten und unzähligen Interviews. Und, das müssen wir zugeben, auch die Ex-Minister Dirk Niebel und Daniel Bahr haben uns geholfen: Ihre Wechsel zum Rüstungskonzern Rheinmetall und zur Allianz zeigten, wie drängend das Problem ist. „Die lange Zeit der Regellosigkeit geht jetzt zu Ende“, jubelte die Süddeutsche Zeitung, als das Gesetz auf dem Tisch lag. Uns gehen die Regeln zwar nicht weit genug – ein Jahr Karenzzeit ist zu kurz. Aber ein kleines bisschen gejubelt haben wir auch. Eines der Ziele, für die LobbyControl vor fast zehn Jahren gegründet wurde, ist in greifbarer Nähe!

Auch in Brüssel denken die Politiker/innen langsam um: Seit Dezember 2014 müssen die EU-Kommissar/innen ihre Treffen mit Lobbyist/innen melden; ein verpflichtendes Lobby-Register ist in Planung. Wichtige Etappenerfolge, zu denen LobbyControl beigetragen hat! Gerade in Brüssel arbeiten wir dafür viel mit anderen Organisationen zusammen, so auch bei der Kritik am Freihandelsabkommen TTIP.

Im kommenden Jahr feiert LobbyControl 10-jährigen Geburtstag. Für die meisten Lobbyist/innen wohl kein Grund zum Feiern, für unsere Gesellschaft aber schon: Zehn Jahre Einsatz für Transparenz und Demokratie, damit nicht einige wenige ihre Interessen auf Kosten der Mehrheit durchsetzen. LobbyControl wird nicht lockerlassen, dank der Unterstützung von immer mehr Menschen – und für die Menschen.

Herzliche Grüße

Heike Dierbach
Ehrenamtliches Vorstandsmitglied

| LobbyControl – wir sind viele

Über 2.240 Förder/innen und zahlreiche Spender/innen sichern unsere Finanzierung. Einige Aktive darunter unterstützen uns bei unseren Aktionen. Drei Praktikant/innen sowie zwei Hilfskräfte arbeiten in Köln und Berlin mit und fangen viel organisatorische Arbeit auf. Sechs LobbyScouts führen mehrmals pro Woche Gruppen durch den Berliner Lobbydschungel. Dazu kommen das hauptamtliche Team (zehn Personen, davon



sieben in Teilzeit, das entspricht gut sieben Vollzeit-Äquivalenten) und die ehrenamtlichen Vorstandsmitglieder, die wir Ihnen hier einmal genauer vorstellen. Alle zusammen sind wir – LobbyControl!

Oben von links nach rechts: Ludwig Leijten, Ulrich Müller, Heike Dierbach, Felix Kamella; unten von links nach rechts: Thomas Dürmeier, Max Bank, Christina Deckwirth, Heidi Bank, Kerstin Allert, Timo Lange, Dieter Plehwe

| Der ehrenamtliche Vorstand

Dieter Plehwe ist promovierter Politikwissenschaftler und Gründungsmitglied von LobbyControl. Er arbeitet am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Thomas Dürmeier, Politikwissenschaftler und ebenfalls Mitgründer, promovierte an der Uni Kassel über die politische Macht transnationaler Unternehmen.

Heike Dierbach, seit 2013 mit dabei, ist Diplom-Psychologin und ausgebildete Journalistin. Sie war Pressesprecherin bei Greenpeace und arbeitet als freie Autorin mit Schwerpunkt Gesundheit.

| Das Geschäftsführungsteam

Ulrich Müller, Politikwissenschaftler und Mitgründer, ist für die politische Geschäftsführung zuständig. Seit 2007 ist er gemeinsam mit Heidi Bank geschäftsführender Vorstand.

Heidi Bank, Politikwissenschaftlerin, ist ebenfalls Teil des Gründungsteams und kümmert sich neben der politischen Geschäftsführung um die Spendenwerbung.

Ludwig Leijten, promovierter Mathematiker, gehört seit 2013 zum Geschäftsführungsteam und hat die finanziellen und organisatorischen Aspekte im Blick.

Nina Katzemich, Ronald Pabst und Lejla Bubic



| Das Berliner Team

Christina Deckwirth, promovierte Politikwissenschaftlerin, ist seit 2011 dabei. Sie erstellt derzeit die Neuauflage des Reiseführers LobbyPlanet Berlin, betreut die Stadtführungen und leitet thematische Rechercheprojekte.

Timo Lange, Politikwissenschaftler, ist ebenfalls seit 2011 im Team. Er ist zuständig für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und setzt sich für eine strengere Lobbyregulierung in Deutschland ein.

| Das EU-Team

Nina Katzemich, Politikwissenschaftlerin, übernahm 2009 den EU-Bereich. 2014 war sie in Elternzeit. Jetzt ist sie zurück und will ein verpflichtendes Lobbyregister in Brüssel durchsetzen.

Max Bank, promovierter Wirtschaftshistoriker, vertrat Nina 2014 in ihrer Elternzeit. Jetzt konzentriert er sich auf die EU-Handelspolitik und geht den Demokratie-gefährdenden Abkommen TTIP, CETA und TISA an den Kragen.

| Lobbypedia, Social Media und Co.

Felix Kamella, Politikwissenschaftler, ist seit 2011 dabei. Er hat das Online-Lexikon Lobbypedia mit aufgebaut und kämpft gegen Meinungsmache an Schulen.

Ronald Pabst kam 2014 von Mehr Demokratie zu uns und ersetzt Felix in der Elternzeit bei der Lobbypedia und unserem Social-Media-Auftritt. Als Fundraiser liegt ihm außerdem unsere unabhängige Finanzierung am Herzen.

Lejla Bubic wurde 2014 während ihrer Elternzeit von Kerstin Allert vertreten. Jetzt ist sie wieder da und kümmert sich um alle Anliegen unserer Unterstützer/innen.



Gemeinsame Protestaktion von LobbyControl, Campact und Mehr Demokratie gegen Parteisponsoring



Gespräch mit dem Präsidenten der Kultusministerkonferenz

Wie wir arbeiten

Im Englischen gibt es eine Bezeichnung für Organisationen, die eine ähnliche Arbeit machen wie wir: **watchdog – Wachhund. Unsere Aufgaben und Strategien sind noch etwas breiter gefasst – wir sind auch Spürhund und aufmunternder Weggefährte.**

Wir haben dabei nicht nur Deutschland im Blick, sondern auch die europäische Ebene. Gemeinsam mit vielen gut informierten und kritisch denkenden und handelnden Menschen erzeugen wir Druck, um unserem Ziel Stück für Stück näher zu kommen: eine lebendige und transparente Demokratie, in der die Stimme von jeder und jedem zählt. Dafür setzen wir uns ein, mit Spürnase und Ausdauer, Verstand, Biss und Motivation.

Wir recherchieren und klären auf

Wir zeigen, wie Lobbyisten arbeiten. Wir informieren über ihre Strategien und Strukturen, decken Lobbyfälle auf und berichten über Skandale. Dafür werten wir Medien aus, kombinieren Informationen aus Archiven oder Registern, nutzen die Auskunftspflicht von öffentlichen Stellen, führen Gespräche mit Experten und Insidern. Manchmal erhalten wir wertvolle Hinweise oder vertrauliche Unterlagen.

Unser Wissen und unsere Kritik tragen wir in die Öffentlichkeit. In der Presse finden wir seit Jahren breite Resonanz. Wir sind gefragte Ansprechpartner/innen zu allen Fragen rund um Lobbyismus. Zusätzlich nutzen wir unsere eigenen Medien: Webseite, Newsletter, Publikationen wie die Studie über Lobbyismus an Schulen, der Lobbyreport oder die LobbyPlanets Berlin und Brüssel sowie unser Online-Portal Lobbypedia. Zusätzlich bieten wir lobbykritische Stadtführungen in Berlin an.

Wir haben gute Argumente und entwickeln Lösungen

Unsere Kritik tragen wir nicht nur in die Öffentlichkeit. Wir sprechen auch mit Politiker/innen und versuchen, sie mit guten Argumenten zu überzeugen. Dabei kritisieren wir nicht nur, sondern schlagen auch konkrete Schritte für Verbesserungen vor, etwa Karenzzeiten oder verpflichtende Lobbyregister für Berlin und Brüssel. Wir finden Gehör: Wir werden eingeladen, Gesetzentwürfe zu kommentieren, nehmen als Sachverständige an Anhörungen teil, führen Hintergrundgespräche mit Abgeordneten oder in Ministerien. Wir machen also selbst Lobbyarbeit – für eine bessere Lobby-Regulierung.

Wir organisieren Protest und unterstützen Engagement

Doch wir belassen es nicht dabei, Informationen zu veröffentlichen und Argumente vorzubringen. Dort, wo wir Missstände sehen, wollen wir auch für Veränderung sorgen. Gute Argumente reichen dafür leider oft nicht aus. Veränderung passiert meist nur durch den Druck der Öffentlichkeit. Deshalb organisieren wir Protest, wenn z. B. eine Lobbygruppe übermäßig Einfluss nimmt oder um ein Lobbyregister für Lobbyisten durchzusetzen. Mit Beschwerden bei Ombudsleuten, Protestbriefen an Politiker/innen und Aktionen im Internet und auf der Straße machen wir Druck.

Und dabei sind wir nicht allein: Viele Menschen engagieren sich aktiv gegen den ausufernden Lobbyismus. Sie nehmen an unseren Online-Aktionen teil, finanzieren die Arbeit von LobbyControl mit Spenden, schreiben Leserbriefe oder stellen ihren Wahlkreisabgeordneten kritische Fragen. Dieses Engagement wollen wir unterstützen und mehr Möglichkeiten für alle schaffen, sich einzumischen.



Protestaktion gegen fliegende Seitenwechsel vor dem Kanzleramt

| Mehr Schranken für Lobbyismus

In 2014 konnten wir uns über einige Fortschritte bei der Regulierung des Lobbyismus freuen. Auch auf Grund unserer Kampagne im Wahljahr 2013 enthielt der Koalitionsvertrag der Großen Koalition einige wichtige Versprechen: eine Karenzzeit für Regierungsmitglieder einzuführen, das Gesetz gegen Abgeordnetenbestechung neu zu regeln und mehr Transparenz beim Einsatz externer Mitarbeiter/innen in Ministerien zu schaffen.

| Karenzzeit für Regierungsmitglieder – ein Erfolg unserer Arbeit

Wie notwendig eine gesetzliche Karenzzeit – eine Abkühlphase nach dem Ausscheiden aus dem Amt – für Minister und Staatssekretäre ist, wurde gleich zu Beginn des Jahres deutlich. Ronald Pofalla, enger Vertrauter von Angela Merkel und ehemaliger Kanzleramtschef, kündigte an, künftig als Cheflobbyist für die Deutsche Bahn AG arbeiten zu wollen. Wir kritisierten den Seitenwechsel scharf und waren in den Medien als kritische Stimme gut sichtbar. Um den Druck zu erhöhen, die Ankündigung aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen, initiierten wir eine Unterschriftenaktion, an der sich über 40.000 Menschen beteiligten. Im März protestierten wir vor dem Kanzleramt und überreichten die Unterschriften. Unsere Forderung: Eine dreijährige Abkühlphase, während der ein Wechsel insbesondere in Lobbyjobs untersagt sein soll.

Union und SPD waren sich zu Beginn des Jahres uneinig über die Ausgestaltung der Karenzzeit. Während die Union maximal sechs Monate befürwortete, plädierte die SPD für immerhin 18 Monate. Beide aber waren gegen eine gesetzliche Basis für die Karenzzeit. Das kritisierten wir scharf. Kurz darauf war dann auch aus Regierungskreisen zu hören: Ohne eine Änderung des Ministergesetzes geht es nicht. Doch tätig wurde die Koalition nur sehr schleppend.

Um Bewegung in die Sache zu bringen, suchten wir das Gespräch mit Abgeordneten und Ministerialbeamten, erhöhten über intensive Medienarbeit den Druck auf die Regierung und organisierten eine Protestaktion vor dem Kanzleramt. An Gelegenheiten dafür mangelte es nicht, denn Seitenwechsel gab es 2014 einige: Ex-Entwicklungsminister Dirk Niebel heuerte beim Rüstungskonzern Rheinmetall an, Ex-Gesundheitsminister Daniel Bahr ging zur Allianz. Und das waren nur die prominentesten Fälle.

Ende des Jahres lag schließlich ein Gesetzentwurf im Innenministerium vor. Inhaltlich ist der Vorschlag schwach, aber doch wesentlich besser, als zu Beginn des Jahres absehbar. Die Karenzzeit soll 12 bis 18 Monate dauern, und ein Gremium soll im Einzelfall prüfen, ob bei einem Seitenwechsel Interessenkonflikte oder andere Gründe für eine Abkühlphase vorliegen. Die Empfehlungen des Gremiums sind für die Regierung zwar nicht bindend, aber sie sollen veröffentlicht werden. Das wird Druck entfalten, sie auch zu befolgen.

Bevor die Karenzzeit in Kraft treten kann, muss sie noch vom Bundestag beschlossen werden. Das ist für Mitte 2015 geplant. Wir werden den weiteren Prozess eng begleiten. Letztlich ist das neue Gesetz nicht der ganz große Wurf, aber es hat dennoch genug Substanz, die Drehtür zwischen Politik und Lobby ins Stocken zu bringen.

Schon 2012 zeigten wir Merkel die Gelbe Karte und forderten ein Ende der Blockade bei Parteispenden und Bestechung.



Transparentere Nebentätigkeiten

Unter dem Eindruck der Debatte um die hohen Nebeneinkünfte des SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück hatte der Bundestag bereits 2013 neue Regeln für die Offenlegung von Nebeneinkünften beschlossen. In Kraft trat die Neuregelung aber erst mit der ersten Sitzung des neuen Bundestages. Die alte Regelung sah eine Offenlegung der Einkünfte in nur drei Stufen vor, wobei die höchste Stufe alle Einkünfte über 7.000 Euro umfasste. Mit der neuen Zehn-Stufen-Regelung sind nun Einkünfte bis zu 250.000 Euro im Jahr ihrer Größenordnung nach sichtbar.

Sobald die Zahlen erstmals verfügbar waren, analysierten wir die Angaben und veröffentlichten eine Liste mit den Spitzen-Nebenverdienern und weiteren problematischen Fällen. Unsere Kritik am Lobbyjob des rheinlandpfälzischen Bundesabgeordneten Norbert Schindler (CDU) löste eine Debatte in Rheinland-Pfalz aus, die schließlich zu einer Verschärfung der Transparenzregeln im Mainzer Landtag führte – ein schöner Erfolg für uns. Auch eine Recherche zu fragwürdigen Ehrenämtern in rüstungspolitischen Organisationen wurden von einigen Medien aufgegriffen. Im Laufe des Jahres zeigten wir anhand konkreter Beispiele, dass auch die neuen Regeln noch nicht ausreichend sind. Immer noch arbeiten einige Abgeordnete in fragwürdigen Doppelrollen als bezahlte Interessen- und zugleich Volksvertreter. Auch müssen Abgeordnete, die nebenbei als Anwalt oder Berater arbeiten, weiterhin nicht angeben, aus welcher Branche ihre Kunden stammen.



Nach über 10 Jahren: Deutschland ratifiziert die UN-Konvention

Bereits im März 2014 beschloss der Bundestag ein neues Gesetz gegen Abgeordnetenbestechung. Da das bisherige Gesetz faktisch wirkungslos war, hatten wir uns zusammen mit Transparency International und Campact für ein schärferes, wirksames Gesetz stark gemacht. Das neue Gesetz brachte einige Verbesserungen, aber seine Praxistauglichkeit bleibt leider weiterhin fraglich. Dennoch reichten die Verbesserungen aus, um den Weg freizumachen, endlich die UN-Konvention gegen Korruption zu ratifizieren. Deutschland hatte die Konvention zwar bereits 2003 unterzeichnet, aber das unwirksame Gesetz zur Abgeordnetenkorruption verhinderte die Umsetzung über zehn Jahre lang.

Keine Bewegung bei Parteispenden

Nach der großen medialen Aufmerksamkeit rund um die hohen Wahlkampfspenden im Jahr 2013 brachte das Jahr 2014 nicht viel Neues in Sachen Parteienfinanzierung. Als im Frühjahr 2014 die Rechenschaftsberichte der Parteien für das Jahr 2012 erschienen, zeigte sich ein ähnliches Bild wie in den Vorjahren: Etwa zwei Drittel aller Spenden waren intransparent, außerdem lagen viele Großspenden unterhalb der Schwelle von 50.000 Euro, ab der Einzelspenden sofort veröffentlicht werden müssen.

Unsere Auswertung der Rechenschaftsberichte und unsere Kritik an Intransparenz und fehlenden Obergrenzen bei Parteispenden zog dennoch viel mediale Aufmerksamkeit nach sich. 2015 werden wir uns verstärkt mit dem Thema Parteisponsoring beschäftigen – denn hier sind die Regeln noch schwächer als bei Parteispenden.

Bleiben Sie auf dem Laufenden: Abonnieren Sie unseren Newsletter unter www.lobbycontrol.de/newsletter

Ein erfolgreiches Jahr für Lobbykritik in Brüssel

Durch die Wahlen zum Europäischen Parlament erhielt Europa im vergangenen Jahr viel öffentliche Aufmerksamkeit. Lobbykritik war dabei in aller Munde. Spitzenkandidaten der großen Parteien schwiegen sich diesmal nicht aus über den Brüsseler Lobbydschungel, sie problematisierten ihn sogar.



Unser breites europäisches Netzwerk für Lobbykritik: ALTER EU

Mit unserer Kampagne „politics for people“ konnten wir mit unseren europäischen Partnern das Thema Lobbyismus in den Wahlkampf tragen und auch darüber hinaus gut verankern: Wir hatten von den Kandidat/innen für die Parlamentswahl gefordert, sich öffentlich auf unserer Kampagnenseite zu einer lobbykritischen Agenda zu bekennen.

Insgesamt 44 Prozent der 98 deutschen Abgeordneten haben sich so zu lobbykritischer Politik und mehr Transparenz im EU-Parlament verpflichtet. Europaweit sind es 180 Abgeordnete. Das ist eine hervorragende Grundlage für unsere Arbeit in den nächsten fünf Jahren. Wir wachen darüber, dass die lobbykritischen Abgeordneten ihre Versprechen auch nach dem Wahlkampf ernst nehmen, und werden sie für die Arbeit an einer demokratischen und transparenten EU in die Pflicht nehmen.

Die Transparenzoffensive der EU-Kommission

Auch die neue EU-Kommission unter Präsident Juncker hat vollmundig mehr Transparenz für den Brüsseler Lobbydschungel angekündigt. Dabei hat sie mit einigen Sofortmaßnahmen gezeigt, dass sie es überraschend ernst meint. Seit Dezember müssen alle EU-Kommissar/innen und ihre Kabinette jedes Treffen mit Lobbyisten auf ihrer Website bekanntgeben. Das ist ein wichtiger Schritt für mehr Lobbytransparenz in Brüssel. Diese Transparenzmaßnahmen sind nicht zuletzt Früchte unserer jahrelangen lobbykritischen Arbeit in Brüssel.

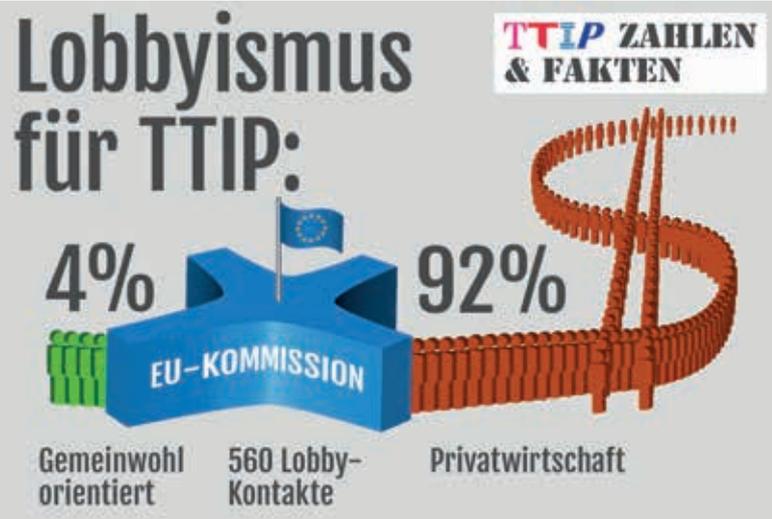
Juncker kündigt verpflichtendes Lobbyregister an

Folgen auf die vielversprechenden Ankündigungen weitere Taten? Diese Frage verfolgen wir ganz intensiv für ein besonders wichtiges Projekt: Die Einführung eines verpflichtenden Lobbyregisters, in das sich alle Lobbyisten künftig eintragen müssen. Seit unserer Gründung vor zehn Jahren fordern wir ein solches verpflichtendes Register. Seit 2011 gibt es in Brüssel ein freiwilliges Lobbyregister, das jedoch bis heute lückenhaft ist und viele falsche Angaben enthält.

Die aktuellen Pläne der EU-Kommission lassen jedoch Zweifel aufkommen: Auch bei dem neuen Register sind keine ernsthaften Sanktionen für Lobbyisten vorgesehen, die sich falsch oder gar nicht eintragen. Lediglich die Kommissar/innen sollen sich in solchen Fällen nicht mehr direkt mit den jeweiligen Lobbyisten treffen dürfen. Wie soll dies umgesetzt werden, ist das Register doch nach wie vor voller Fehler? Wie soll das kleine Registersekretariat es schaffen, die vielen Einträge vor Treffen mit der EU-Kommission auf Richtigkeit zu überprüfen? Was ist mit all den Beamten unterhalb der Kabinette, mit denen sich die unregistrierten Lobbyisten weiterhin ungestört treffen können? Unzählige Fragen, auf die es effektive Antworten geben muss. Dafür machen wir uns in 2015 mit einer neuen internationalen Lobbyregisterkampagne stark.



„Politics for People“ war das Motto unserer europaweiten Kampagne vor der EU-Wahl



Auf den Spuren der TTIP-Lobbyisten führten wir Journalisten und Aktivist/innen aus Europa und den USA durch Brüssel.



TTIP zeigt: EU-Handelspolitik muss demokratischer werden!

Kritik am TTIP-Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU ist derzeit – aus guten Gründen – weit verbreitet. Auch wir haben uns zu Wort gemeldet und die Intransparenz sowie den großen Einfluss von Unternehmenslobbyisten auf die Verhandlungen angeprangert.

In der Vorbereitungsphase der Verhandlungen fanden mehr als 90 Prozent der Treffen der EU-Kommission mit Unternehmenslobbyisten statt. Die übrigen 10 Prozent durften sich Gewerkschaften, Verbraucherschutz- und zivilgesellschaftliche Organisationen teilen. Auf diesen Skandal haben wir in Brüssel unter anderem mit unseren TTIP-Lobytours aufmerksam gemacht.

Wir haben auch den Einsatz der Bertelsmann-Stiftung für TTIP kritisiert. Die Bertelsmann-Stiftung hatte massiv für TTIP geworben. Zugleich ist Bertelsmann als internationaler Dienstleistungs-Konzern selbst möglicher Nutznießer des TTIP und unterstützt Lobbygruppen, die sich für das Freihandelsabkommen einsetzen. Die Stiftung hat damit ihren eigenen Grundsatz verletzt, nicht zu Handlungs- und Geschäftsfeldern des Bertelsmann-Konzerns zu arbeiten.

Auch das kanadische Freihandelsabkommen mit der EU – kurz CETA – macht uns erhebliche Sorgen. Denn hier zeigt sich ein weiteres Problem der EU-Handelspolitik. Sie ist nicht nur extrem unternehmensfreundlich, sondern gleichzeitig auch äußerst intransparent. Das CETA-Abkommen wurde seit 2008 ausschließlich im Geheimen verhandelt, die Parallelen zu den TTIP-Verhandlungen sind nicht zu übersehen.

Gerade bei den umstrittenen Konzernklagerechten ist das Vorgehen der EU-Kommission scheinheilig: Bei TTIP setzte die Kommission die Verhandlungen um Konzernklagerechte zwar vorerst aus, um – nach eigenen Angaben – eine breite öffentliche Debatte zu führen. Zugleich wurde das Investitionsschutzkapitel im CETA-Abkommen aber nicht angetastet. Und das, obwohl es als Vorbild für das TTIP-Abkommen gilt und vergleichbare Konsequenzen mit sich bringt: Unternehmen mit Sitz in Kanada (also auch viele europäische und US-amerikanische Konzerne mit kanadischen Tochterunternehmen) würden die Möglichkeit erhalten, EU-Mitgliedsstaaten vor geheim tagenden internationalen Schiedsgerichten zu verklagen.

Die EU-Handelspolitik darf nicht so intransparent und auf die Interessen der Unternehmen beschränkt bleiben, wie sie ist. Um dies zu ändern, engagieren wir uns im Rahmen der selbstorganisierten Europäischen Bürgerinitiative (EBI) gegen TTIP und CETA. Die Forderung nach einem Stopp der TTIP-Verhandlungen ist ein wichtiges Signal an die EU-Kommission: Die EU-Handelspolitik muss sich grundlegend ändern und demokratischer werden.

In sechs Minuten auf den Spuren von TTIP durch Brüssel:
<https://www.youtube.com/user/lobbycontrol>





Lobby-Stadtführungen – erfolgreiches Standbein unserer Bildungsarbeit



Einige dieser Lobby-Stationen besuchen wir bei unseren Stadtführungen.

Wie schon in den Vorjahren verzeichneten wir auch 2014 wieder einen Zuwachs bei unseren lobbykritischen Stadtführungen: Über 160 Gruppen haben wir durch das Berliner Regierungsviertel geführt. Die Touren sind damit dauerhaft ein zentrales Standbein unserer Bildungsarbeit.

Mit unseren Stadtführungen gewähren wir einen Blick hinter die Fassaden des Berliner Regierungsviertels. Anhand von Beispielen erläutern wir, wie Lobbyismus in Berlin funktioniert und welche Probleme es dabei gibt. Im letzten Jahr nahmen weit mehr als 3.000 Menschen an unseren Führungen teil. Etwa ein Drittel davon waren Schüler/innen. Zudem wurden die Touren von Studierenden, Wahlkreisgruppen oder Erwachsenengruppen aus ganz unterschiedlichen Kontexten gebucht.

Zum Saisonbeginn starteten wir mit einer neuen Station zum Thema Netzpolitik. Im Laufe des Jahres entwickelten wir eine weitere neue Station zum Thema Rüstungslobby und Drehtür-

effekt – und reagierten damit auf die aktuellen Entwicklungen zum Thema Karenzzeiten und die zahlreichen Seitenwechsel im Jahr 2014.

Im letzten Jahr bildeten wir drei neue Stadtführer/innen aus, so dass unser Team auf sechs „Lobbyscouts“ anwuchs. Die Verwaltung läuft mittlerweile überwiegend aus Berlin und wird durch eine Hilfskraftstelle unterstützt. Für das Jahr 2015 stehen weitere neue Stationen an, außerdem werden wir wieder neue Stadtführer/innen einarbeiten. Vor allem aber wird in diesem Jahr die Neuauflage des LobbyPlanets veröffentlicht, so dass wir viel neues Material in die Touren einarbeiten werden.

Meinungsmache an Schulen unter der Lupe

Nachdem unsere Kampagne gegen Lobbyismus an Schulen 2013 für viel Wirbel gesorgt hatte, war schnell klar: Auch 2014 machen wir weiter.

Im März ist daher ein Team von LobbyControl auf die Bildungsmesse didacta gefahren, um auf die Problematik aufmerksam zu machen und Beispiele für Meinungsmache an Schulen zu sammeln.

Bei unserem Rundgang über die Messe sind uns dabei besonders Dienstleister für sogenannte „Bildungskommunikation“ aufgefallen. Nicht selten ist das nur ein anderes Wort für Werbung, mit dem Unterschied, dass Werbung an Schulen verboten ist. Diese Dienstleister haben sich darauf spezialisiert, interessengeleitetes Material neutral zu verpacken und so in den Unterricht zu bringen.



Klett Mint: Dienstleister für Schulmaterial von Unternehmen mit Renommee eines Schulbuchverlags

Von der Messe berichteten wir live über Twitter und unsere Webseite. Außerdem führten wir Journalist/innen über die Messe und zeigten ihnen, wie Einflussnahme an Schulen funktioniert und welche Probleme damit verbunden sind. Zum Abschluss der Messe am Freitag und Samstag haben wir schließlich mit einer Flyer-Aktion vor der Messe die BesucherInnen auf Lobbyismus an Schulen und verdeckte Meinungsmache aufmerksam gemacht. Insgesamt war das für uns eine gelungene Aktion, um unsere Kritik an Meinungsmache an Schulen weiter in die Öffentlichkeit zu tragen.



LobbyControl ist gefragter Ansprechpartner für Medien. Hier Timo Lange im Tagesschau-Interview.

| LobbyControl in den Medien

Wir werden gehört: Durchschnittlich erschienen im letzten Jahr jeden Tag etwa zwei Berichte mit Bezug zu LobbyControl und unserer Arbeit: Radio, TV und Zeitungen berichten also häufig über uns. Dabei können wir uns sowohl in aktuelle Debatten einbringen, als auch unsere Ideen zur Eindämmung des Lobbyismus erklären. Unsere Informationsangebote im Internet verzeichnen stetig mehr Leserinnen und Leser.

Insgesamt 621 mediale Erwähnungen haben wir gezählt, davon 180 in Leitmedien. Zugegeben, 2013 wurde etwas mehr berichtet – aber in dem Jahr verdoppelte sich die Zahl der Erwähnungen im Vergleich zum Vorjahr (2013: 688; 2012: 357; 2011: 85). Das hohe Niveau konnten wir halten.

Doch waren die Anlässe oftmals wenig erfreulich: So haben die zahlreichen Seitenwechsel bei vielen Menschen für große Empörung gesorgt, insbesondere die Fälle Pofalla und Niebel. Dank dieser Aufmerksamkeit konnten wir unserer Forderung nach einer gesetzlichen Karenzzeit weiteren Auftrieb geben. Mit dazu beitragen hat unsere Aktion vor dem Kanzleramt am 20. März. Fotos davon werden seitdem von vielen Medien genutzt, um das vermeintlich trockene Thema zu bebildern.

International haben wir bei TTIP und CETA einen wichtigen Beitrag für eine kritische Öffentlichkeit geleistet. Mit dem neuen Portal lobbyfacts.eu können Journalist/innen und alle anderen Interessierten Zahlen und Fakten zum Lobbyismus in Brüssel recherchieren. Das Portal ist ein Projekt, das wir zusammen mit Corporate Europe Observatory und Friends of the Earth Europe gestartet haben.

Höhepunkte waren sicher unsere Mitwirkung bei verschiedenen TV-Beiträgen etwa über die Lobbymacht von Google, bei dem viel beachteten Film „Lobbyisten – Die stille Macht im Land“

von Thomas Leif oder unsere Statements zu aktuellen Themen für diverse Nachrichtensendungen von der Tagesschau über n-tv bis hin zur Aktuellen Stunde des WDR.

Das führt uns auch direkt zu einer für uns neuen Erfahrung: Lobbyismus wird mittlerweile ins Theater gebracht: Die Theatergruppe „Berliner Companie“ griff das Thema auf und zeigt unter anderem in einer realistischen Szene, wie sich Lobbyisten auf Fernsehinterviews vorbereiten – der Name des Stücks lautet „Stille Macht“: Auch das Kabarett-Duo Onkel Fisch präsentierte die Problematik humoristisch-ernst unter dem Titel „Neues aus der Lobbythek“.

Regelmäßig nutzen wir soziale Netzwerke im Internet und erreichen auf diese Weise mehrere 10.000 Menschen. Über Twitter berichten wir live über lobbyrelevante Veranstaltungen und zeigen Machenschaften auf – etwa das fragwürdige Engagement von Unternehmen auf der Bildungsmesse didacta. Das war 2014 unzweifelhaft unser Höhepunkt in diesem Bereich.

Auch unser Online-Lexikon Lobbypedia wird von vielen Medien und sogar Buchautoren als Quelle verwendet. Wir haben im letzten Jahr fleißig neue Artikel geschrieben und bestehende aktualisiert. Es gab einige größere technische Anpassungen, von denen unsere Leser/innen nichts gemerkt haben, denn sie verliefen zur unserer Freude störungsfrei.

Finanzbericht 2014

Unsere inhaltlichen Pläne für das Jahr 2014 setzten eine ehrgeizige finanzielle Jahresplanung voraus. Wir freuen uns sehr, dass wir unsere Planung mit Unterstützung vieler Förderer und Spender/innen realisieren und dadurch viele Recherchen, Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit durchführen konnten.

Einnahmen

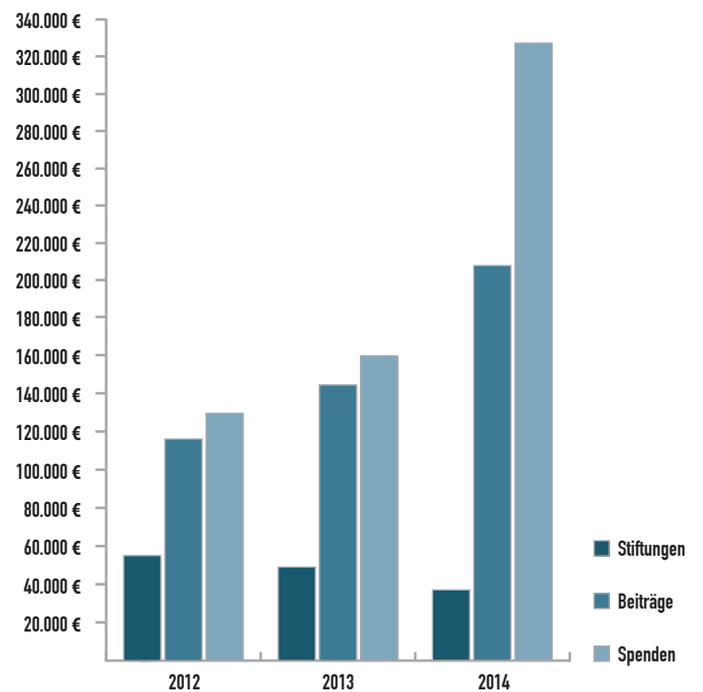
Unser Verein erzielte in 2014 Einnahmen von 607.168,38 Euro, eine Steigerung von mehr als 60% im Vergleich zu 2013. Nach wie vor übernehmen private Spender/innen davon den Großteil: In 2014 wurden 88% der Einnahmen von Fördermitgliedern und Spender/innen getragen. Insgesamt hatten wir am Ende des Jahres 2.320 Fördermitglieder.

Neben den Beiträgen und Spenden hatten wir Einnahmen aus Stadtführungen und Verkauf von Publikationen (5,3%), Zuwendungen von Stiftungen (6,3%) und zum ersten Mal auch aus Bußgeldern (0,4%).

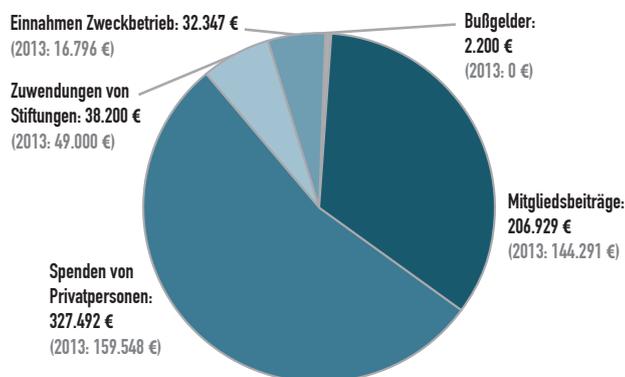
Für mehr Transparenz listen wir jedes Jahr Zuwendungen von institutionellen Spendern ab einhundert Euro sowie Spenden und Fördermitgliedsbeiträge über 10.000 Euro von natürlichen Personen namentlich auf. Spenden von Unternehmen nehmen wir nicht an.

In 2014 erhielten wir 38.200 Euro von der Olin gemeinnützige GmbH (www.olin-ggmbh.de) und eine Spende von 350 Euro von dem Verein Lichtung aus Österreich. Von Privatpersonen bekamen wir 30.000 Euro von Herrn Jörg Bantleon und 16.471,45 Euro von Herrn Marc-Uwe Kling.

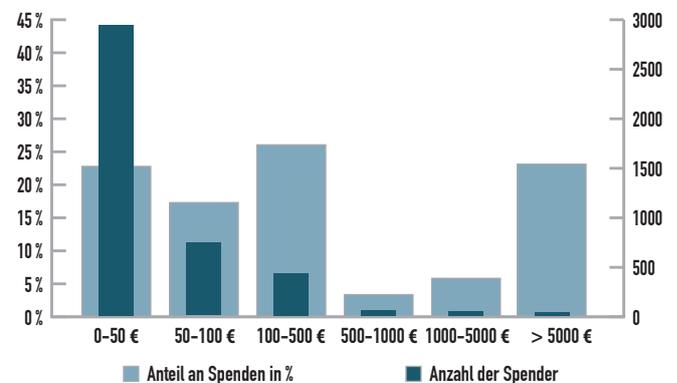
Entwicklung der wichtigsten Einnahmequellen von 2012-2014



Einnahmen 2014



Spenden 2014 nach Spendenhöhe





Feier zur Eröffnung unseres neuen Berliner Büros im November 2014

Ausgaben

Auch unsere Aktivitäten und unsere Ausgaben stiegen 2014 stark an. Hatten wir in 2013 noch Ausgaben von 372.000 Euro, waren es in 2014 schon 530.000 Euro. Fast 336.000 Euro zahlten wir an Personalkosten für unser Team von zehn hauptamtlichen Mitarbeiter/innen (am 31.12.2014) und bis zu vier Hilfskräften sowie an die Stadtführer/innen für die lobbykritischen Stadtführungen in Berlin. Da einige Teilzeit arbeiten, entspricht das insgesamt gut acht Vollzeitäquivalenten.

Durch Umzüge in größere Büros in Berlin und Köln haben wir höhere Mieten und mussten einiges an Ausstattung dazukaufen. Da wir in 2014 keine neue gedruckte Veröffentlichung aufgelegt haben, sind die Kosten für Publikationen als einziger Posten niedriger als in 2013.

Gestiegen sind die Kosten für Fundraising und Mitgliederbetreuung. Da wir viel mehr Interessent/innen als in früheren Jahren haben, haben auch die Kosten deutlich zugenommen, um diese anzuschreiben

Ausgaben (Euro)	2014	2013	Δ in %
Personal	335.675	246.428	36
Büro-Miete	29.847	12.812	133
Büro-Ausstattung und -Material	19.040	6.445	195
Kommunikation	17.598	16.435	7
Reisekosten	8.854	6.688	32
Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit	14.352	36.890	-61
Fundraising und Mitgliederbetreuung	91.569	39.560	131
Sonstiges	16.495	6.886	140
Summe Ausgaben	533.430	372.144	43

Ergebnis

Buchhaltung ist im April 2015 von unserer Kassenprüferin und einem unabhängigen Steuerberater als ordnungsgemäß geprüft und das Ergebnis bestätigt worden.

Dieses Ergebnis erscheint möglicherweise relativ hoch. Tatsächlich hatten wir ein unerwartet gutes Spendenaufkommen zwischen Weihnachten und Neujahr. Von diesen Mehreinnahmen nehmen wir gut 25.000 Euro mit für unsere Arbeit im Jahr 2015. Gut 45.000 Euro des Ergebnisses sind dagegen für offene Posten und zur Absicherung verplant. Erstens hatte sich ein Projekt eines externen Dienstleisters leicht verzögert. Dadurch gingen die Rechnungen erst Anfang 2015 bei uns ein. Das Geld war aber schon dafür reserviert (gut 10.000 Euro).

Zweitens brauchen wir mit unseren wachsenden Finanzen auch mehr Rücklagen. Diese benutzen wir, um Liquiditätsengpässe aufzufangen – so sinken erfahrungsgemäß in den Sommermonaten unsere Spendeneinnahmen, während unsere Ausgaben gleich bleiben. Dies wird erst mit einem Spendenanstieg zu Weihnachten wieder ausgeglichen. Zudem sichern wir durch die Rücklagen Risiken, zum Beispiel juristische Auseinandersetzungen, ab. Daher lassen wir 35.000 Euro des Ergebnisses in die freien Rücklagen fließen und erhöhen sie so auf 125.000 Euro.

Ausblick

Auch für 2015 haben wir ambitionierte Ziele. Es gibt viel zu tun für mehr Transparenz und Demokratie in Deutschland und Europa. Wir haben Anfang 2015 eine neue Stelle in unserem EU-Team geschaffen und wollen im Laufe des Jahres auch das Berliner Büro ausbauen (für einen inhaltlichen Ausblick siehe auch Seite 15). Wir rechnen deshalb mit Ausgaben von etwa 800.000 Euro. Auf der Einnahmen-Seite planen wir mit 800 neuen Mitgliedern (ähnlich wie in 2014) und einem 25% höherem Spendenaufkommen. Damit dies gelingt, freuen wir uns weiter über jede Unterstützung und bedanken uns herzlich bei allen, die als Fördermitglieder, Spenderinnen und Spender unsere Arbeit seit 10 Jahren ermöglichen!



Eine unserer ersten Protestaktionen: Gegen Mitarbeit von Lobbyisten in den Ministerien, im Juli 2007 vor dem Finanzministerium

| Mit langem Atem in die nächsten 10 Jahre

Ende 2015 wird LobbyControl zehn Jahre alt. Angefangen haben wir in einem kleinen Büro von gerade mal zwölf Quadratmetern in Köln. Jetzt haben wir drei Umzüge hinter uns, haben ein zweites Büro in Berlin, sind zehn Mitarbeiter/innen und wachsen weiter. Das ist auch nötig. Denn wir haben politisch zwar schon einiges erreicht, meistens mit Hartnäckigkeit und einem langen Atem. Es gibt jedoch noch viel zu tun für mehr **Transparenz und Demokratie.**

Dass langer Atem nötig ist, zeigt unser Kampf um die Karenzzeit: Seit wir 2007 unsere erste Studie über die Seitenwechsel der Rot-Grünen Schröder-Regierung veröffentlichten, lässt uns das Thema nicht los. Über Jahre hinweg dokumentierten wir die Seitenwechsel von Politiker/innen, machten immer wieder Druck. Jetzt endlich, acht Jahre nach unserer ersten Studie, ist ein Erfolg greifbar: eine gesetzlich verankerte Karenzzeit, wenn auch nur von 12 bis 18 Monaten (siehe dazu S. 6).

In unserem Gründungsjahr 2005 gab es auch keine Verpflichtung für Abgeordnete, öffentlich zu machen, womit sie neben ihrem Mandat sonst noch Geld hinzu verdienten. Es bedurfte eines zähen Ringens, bei dem wir immer an zentraler Stelle mitmischten, bis im März 2014 die Nebenverdienste in wirklich aussagekräftiger Form veröffentlicht wurden.

Ähnlich ist es mit dem Lobbyregister in der EU: Seit wir 2008 die Einrichtung eines – leider nicht verpflichtenden – Registers erreichen konnten, schubsen wir es zusammen mit unseren europäischen Partnern von Reförmchen zu Reförmchen. Über die Jahre hat sich einiges verbessert – und für 2015 ist nun tatsächlich eine verpflichtende Regelung in Sicht.

Manchmal geht es aber auch ganz schnell: Als wir die geheime Propaganda der Deutschen Bahn für ihre Privatisierung aufgedeckt hatten, wurde innerhalb weniger Tage der verantwortliche

Leiter der Kommunikationsabteilung entlassen; nachdem sie unseren Negativpreis „Worst EU Lobbying Award“ bekommen hatte, wurde eine irreführende Lobby-Kampagne von SAP und Microsoft eingestellt; ein Lobbyist sollte ins EU-Ethikkomitee einziehen – wir legten Beschwerde ein und bekamen Recht.

Doch die Regel ist das nicht. Für die nächsten 10 Jahre warten noch große Aufgaben. So fehlt in Deutschland immer noch jede Spur von einem Lobbyregister. Für die Finanzierung der Parteien gibt es nicht genügend Regeln und Schranken. Und ob Finanzpolitik, Klimaschutz oder EU-Handelsabkommen – mächtige Akteure nehmen weiterhin einseitig Einfluss, oft undurchsichtig für die Öffentlichkeit.

Doch wir sind gut aufgestellt: Durch unser Büro in Berlin haben wir ein wichtiges Standbein im Lobbydschungel der Hauptstadt, das wir im nächsten Jahr noch weiter stärken wollen; auch unseren EU-Bereich haben wir in den letzten Jahren ausgebaut. Wir sind geschätzte Ansprechpartner/innen für Medien und Politik. Und vor allem: Immer mehr Menschen kennen und unterstützen uns und machen LobbyControl stark.

Im Herbst 2015 feiern wir den zehnten Geburtstag von LobbyControl. Das wird ein freudiges Fest – und ist zugleich eine Aufforderung, den Kampf für mehr Transparenz und Demokratie fortzuführen.



Mai 2015: Auftakt unserer europäischen Kampagne für ein Lobbyregister



Juni 2015: Übergabe von Protest-Unterschriften für Karenzzeiten an die Bundestagsfraktionen

| Ausblick 2015

In 2014 haben wir viele Seitenwechsel von Politiker/innen an die Öffentlichkeit bringen müssen. 2015 wollen wir dafür sorgen, dass ein wirkungsvolles Gesetz diese fliegenden Wechsel in Zukunft schwerer macht. In Brüssel haben wir die Chance auf ein verpflichtendes Lobbyregister – und die große Herausforderung, schlimmen Schaden für die Demokratie durch intransparente Abkommen wie TTIP, CETA und TiSA abzuwenden.

| Neu aufgelegt: LobbyPlanet Berlin

Ausführlich überarbeitet und mit vielen neuen Stationen – die Arbeit aus den letzten Monaten fügt sich in diesen Wochen zu einer spannenden Lektüre über den Berliner Lobbydschungel zusammen. Eigentlich sollte die Neuauflage unseres Reiseführers „LobbyPlanet Berlin“ schon vor einigen Monaten erscheinen. Aber wir haben den Aufwand unterschätzt und müssen trotz Zeitdruck Sorgfalt vor Schnelligkeit walten lassen. Jetzt freuen wir uns, dass der Endspurt bevor steht und wir Ihnen im Herbst das neue Buch vorstellen können.

| Karenzzeiten – Sand in die Drehtür streuen

Nach etlichen Jahren Gezerre um die fliegenden Wechsel liegt endlich ein Gesetzentwurf auf dem Tisch, der die Drehtür zwischen Politik und Wirtschaft ins Stocken bringt. Der Entwurf enthält viele wichtige Punkte, aber er entspricht nicht in allem unserem Wunschzettel. Bis zur Abstimmung im Bundestag werden wir das Gesetz kritisch begleiten und dafür sorgen, dass es möglichst viel Sand in die Angeln der Drehtür streut.



Gegen Lobbyismus an Schulen, auch in 2015

| Schwerpunkt EU: Lobbyregister, TTIP und Co.

Unsere Kampagne für ein verpflichtendes Lobbyregister in Brüssel hat gerade erst begonnen. Denn das bisherige freiwillige Register reicht nicht aus. Und jetzt gibt es eine gute Chance: EU-Kommissionspräsident Juncker hat eine Überarbeitung angekündigt. Zusammen mit unseren europäischen Partnern wollen wir die Gelegenheit nutzen, ein wirkungsvolles Register durchzusetzen.

Auch in Sachen Handelsabkommen der EU, also CETA, TTIP und neuerdings TiSA, gibt es weiter viel zu tun. Hier geht es um die Spielregeln der Demokratie. Wir wollen dafür sorgen, dass bekannt wird, was die EU in unser aller Namen verhandelt. Transparenz ist die Basis für eine breite öffentliche Debatte. Und Absprachen zwischen der EU und anderen Staaten, die den Einfluss großer Konzerne ausbauen, werden wir auch in den kommenden Monaten unseren Protest entgegen setzen.

| Für einen schlechten Ruf sorgen ...

Im Herbst wollen wir die Ergebnisse unserer neuen Recherchen zum Thema Lobbyismus an Schulen präsentieren. In diesem Jahr haben wir die Unternehmen in den Blick genommen. Damit Lobbyismus an Schulen kein erfolgreicher Baustein des Marketings wird, wollen wir dafür sorgen, dass diese Praxis zu einem Risiko für den guten Ruf eines Unternehmens wird. Und wir hatten einen schönen Erfolg: Das Kultusministerium in Niedersachsen hat ein Kooperationsprojekt zwischen Gymnasien und den Energiekonzernen ExxonMobil und RWE beendet und dieses Ende mit der Antikorruptionsrichtlinie des Landes begründet.

- +++ Beschlossen: Schärferes Gesetz gegen Abgeordnetenbestechung +++**
- +++ Parteienfinanzierung bleibt undurchsichtig +++**
- +++ Im Blick: Die bunte Lobbywelt rund um TTIP +++**
- +++ Lobbyismus an Schulen: Wer will in die Köpfe unserer Kinder? +++**
- +++ Nebeneinkünfte: Höhere Einkommen endlich sichtbar +++**
- +++ Durchblick: Neues Portal lobbyfacts.eu macht Lobbyismus in Brüssel transparenter +++**
- +++ Erfolg: Gesetzliche Karenzzeit in Aussicht +++**

| Über LobbyControl:

LobbyControl ist ein gemeinnütziger Verein, der über Machtstrukturen und Einflusstaktiken in Deutschland und der EU aufklärt. Wir liefern aktuelle Recherchen und Hintergrundanalysen. Mit Kampagnen und Aktionen machen wir Druck für politische Veränderung. LobbyControl setzt sich ein für eine lebendige und transparente Demokratie.

Bleiben Sie mit uns in Kontakt:

- unter www.lobbycontrol.de unseren Newsletter abonnieren
- über Facebook, twitter oder google+ auf dem Laufenden bleiben

| Unterstützen Sie unsere Arbeit!

LobbyControl wird durch die Spenden und Förderbeiträge vieler Privatpersonen getragen. Wir nehmen keine Spenden von Unternehmen an. So können wir unabhängig und flexibel arbeiten und den Mächtigen auf die Füße treten, wo es nötig ist. Seien Sie dabei! Ihre Spende macht LobbyControl möglich.

Spendenkonto: 80 46 200, Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 370 20 500 oder
IBAN: DE80 3702 0500 0008 0462 00, BIC: BFSWDE33XXX

Online Spende: www.lobbycontrol.de/spenden

Fördermitglied werden: www.lobbycontrol.de/foerdern

Wir sind ein gemeinnütziger Verein und stellen Ihnen für Ihre Spenden und Beiträge natürlich eine steuerabzugsfähige Spendenquittung aus.